informationen
181 | 2022-3

OHNE RÜSTUNG LEBEN

2 Finanziert Ihr Erspartes die Waffenindustrie? | 5 Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen | 6 Staatenkonferenz zum UN-Atomwaffenverbot

Schmutzige Investitionen

Montage: Simon Bödecker

Während der Ukraine-Krieg die Schlagzeilen beherrscht, denkt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan über eine neue Offensive in Nordsyrien und Angriffe auf griechische Inseln nach. In Mali droht eine neue Eskalation der Gewalt. Iran testet Trägerraketen. Und im Jemen geht die humanitäre Katastrophe ungebremst weiter. Laut UN leben mittlerweile 2 Milliarden Menschen in Konfliktregionen – das ist ein Viertel der Weltbevölkerung!

Die Antwort der großen Industrienationen und Regionalmächte ist nicht etwa ein Ruf nach Vernunft, diplomatischen Verhandlungen und Hilfe für die betroffenen Menschen – sondern mehr Aufrüstung und Konfrontation. »Die Beziehungen zwischen den Großmächten der Welt haben sich weiter verschlechtert«, sagt Stefan Löfven vom Friedensforschungsinstitut SIPRI. Die weltweiten Rüstungsetats sind bereits in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Nun kommen neue Milliarden-Aufrüstungsprogramme hinzu.

Banken investieren in Rüstungsindustrie

Was für die einen Leid und Tod bedeutet, ist für andere eine Chance auf satte Gewinne: Die Rüstungsindustrie meldet spätestens seit dem Krieg in der Ukraine immer neue Erfolgszahlen. Das macht sie attraktiv für Investoren. »Angesichts von derartigen Kursentwicklungen müssen Sparerinnen und Sparer umso mehr aufpassen, denn Rüstungsinvestments

locken derzeit mit hoher Rendite und sind oft Teil von Fonds- und Investmentprodukten«, warnen die Organisationen Facing Finance und urgewald. Ihre Studie *Dirty Profits* zeigt auf, dass viele deutsche Banken und Vermögensverwaltungen bereits zwischen 2015 und 2018 in Rüstungsfirmen investierten – auch in solche, die Waffen an menschenrechtsverletzende Staaten verkauften. Laut dem internationalen Bericht *Don't Bank on the Bomb* von ICAN und PAX haben deutsche Kreditinstitute und Versicherungen zudem allein zwischen Januar 2019 und Juli 2021 mehr als 20 Milliarden US-Dollar in Firmen investiert, die Atomwaffen herstellen.

Kundinnen und Kunden bekommen nichts mit

Wer keinen Anteil an diesen schmutzigen Geldanlagen haben will, muss ganz genau hinschauen. Zahlreiche große Finanzdienstleister sind betroffen – und damit auch das Geld ihrer Kundinnen und Kunden. Die bekommen meist gar nicht mit, wohin ihr Erspartes fließt, denn es fehlt an rechtlich verbindlichen Transparenzpflichten. So investieren sogar als »nachhaltig« klassifizierte Fonds teilweise weiter in die Rüstungsindustrie. Gleichzeitig jedoch gibt es Banken, die tatsächlich mit ethischen Kriterien arbeiten und diese transparent befolgen – zum Beispiel die Nachhaltigkeitsbanken. Die schrillen Warnungen der Rüstungslobby zeigen, wie groß die Angst der Branche vor einer zunehmenden Stigmatisierung an den Finanzmärkten ist.

Wir als Kundinnen und Kunden haben es also in der Hand: Wir können uns informieren, Druck auf Banken und Finanzdienstleister ausüben, unser Geld aus schmutzigen Fonds abziehen und – wenn nötig – die Bank wechseln. Und so dem Geschäft mit dem Krieg (zumindest ein Stück weit) den Geldhahn zudrehen.

Simon Bödecker

Finanziert Ihr Erspartes heimlich die Waffenindustrie?

Faltblatt mit den wichtigsten Informationen

Viele deutsche Banken und Vermögensverwaltungen finanzieren auch die Rüstungsindustrie. Die Kundinnen und Kunden bekommen davon meist gar nichts mit.

In unserem neuen Faltblatt finden Sie die wichtigsten Informationen auf einen Blick: Worum es geht. Was Sie tun können. Und wie Sie herausfinden, ob Ihre Bank betroffen ist.

Weitere Faltblätter zum Auslegen und Verteilen – im Bekanntenkreis, bei Veranstaltungen oder vor Bankfilialen – erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de sowie unter www.ohne-ruestung-leben.de/banken-und-waffen.

Druckerzeugnis
www.natureoffice.com/DE-077-111222
klimaneutral
durch CO2-Ausgleich

»Der Teufel steckt im Detail«

Interview mit der Rüstungsfinanzexpertin Kathrin Petz von urgewald

Seit vielen Jahren recherchiert die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald mit großer Expertise die schmutzigen Geschäfte von Banken, Versicherungen und Fonds. Wir sprachen mit der Rüstungsfinanzexpertin Kathrin Petz darüber, worauf Bankkundinnen und -kunden achten sollten.

Liebe Kathrin, auf welche Art und Weise könnte mein Geld in Rüstungsexporte oder in die Produktion von Atomwaffen fließen, ohne dass ich es mitbekomme?

Das eigene Geld kann über die Bank, aber auch indirekt über eine Geldanlage oder Versicherung in Unternehmen fließen, die Rüstung produzieren. Mit dem Geld ihrer Kundinnen und Kunden vergeben Banken Kredite. Unter den Kreditnehmern sind große Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall oder Heckler & Koch, aber auch Unternehmen, die keine eigenen Rüstungsprodukte herstellen, aber wichtige Komponenten zuliefern. So liefert MTU Aero Engines zum Beispiel Triebwerkskomponenten für Kampfjets wie den Eurofighter, der von BAE Systems unter anderem nach Saudi-Arabien geliefert wurde und im Jemen-Krieg eingesetzt wird.

Versicherer wie die Allianz oder Munich Re sind auch große Vermögensverwalter, die Gelder am Kapitalmarkt anlegen. Sie investieren beispielsweise die Prämien aus Lebensversicherungen über Aktien und Anleihen in Firmen. Ähnlich verhält es sich mit der eigenen Geldanlage: Wer in Fonds investiert, legt sein Geld in unterschiedlichen Firmen an. Als Faustregel gilt: Wenn Banken, Fondsanbieter und Versicherungen Rüstungsfirmen nicht explizit ausschließen, dann ist davon auszugehen, dass das Geld auch in Rüstungsunternehmen landet.

Wie finde ich denn heraus, ob auch meine Bank, meine Versicherung oder ein Fonds, an dem ich beteiligt bin, in kritische Firmen investiert?

Die meisten Banken haben Ausschlusskriterien, die in den Internetauftritten unter »Nachhaltigkeit« oder »Unsere Verantwortung« zu finden sind. Standard ist bei allen deutschen Banken, dass sie keine »kontroversen Waffen« wie zum Beispiel Streumunition, biologische oder chemische Waffen finanzieren. In einigen Fällen fallen Atomwaffen auch darunter, beispielsweise bei der Commerzbank

ICAN-Aktion gegen Atomwaffen-Investitionen in Melbourne
Foto: Tim Wright, Quelle: ICAN auf Flickr.com (CC BY 2.0)

Kathrin Petz
Foto: urgewald

und der Deutschen Bank. Das Problem ist dabei, dass dies nur die konkrete Projektfinanzierung betrifft. Firmen, die Atomwaffen produzieren, werden also nicht generell ausgeschlossen. Der Teufel steckt hier sehr im Detail. Auch Fondsanbieter haben in der Regel Ausschlusskriterien. So schließt die Deka Investments Hersteller geächteter und kontroverser Waffen aus, fasst darunter aber nicht Atomwaffen. Viel weiter ist der Mitbewerber Union Investment, der Atomwaffenhersteller aus den Publikumsfonds konsequent entfernt hat. Hier lohnt sich ein Blick auf unsere Webseite faire-fonds.info, auf der man sehen kann, in welche kritischen Firmen ein Fonds investiert ist.

Ihr habt vor Kurzem auch eine ExitArms-Datenbank veröffentlicht. Was verbirgt sich dahinter?

urgewald kämpft dafür, dass Rüstungsunternehmen, die an kriegführende oder menschenrechtsverletzende Staaten liefern, von Banken, Versicherern und Fondsanbietern auf die Ausschlussliste gesetzt werden. Um dafür eine Datengrundlage zu schaffen, haben wir zusammen mit Facing Finance die Datenbank unter exitarms.org etabliert. Es ist die erste öffentliche, globale Datenbank zu Unternehmen, die an Rüstungsexporten an Kriegsparteien beteiligt sind. Sie deckt die Jahre 2015 bis 2020 ab und führt rund 500 Unternehmen auf, die in diesem Zeitraum direkt, über Tochtergesellschaften oder über Joint Ventures an knapp 1.400 Rüstungsexporten an kriegführende Länder beteiligt waren.

Besteht denn eine realistische Chance, dass große Banken und Fonds aus den Investitionen in diese Rüstungsfirmen aussteigen?

Bewegung passiert hier nur langsam, aber es hat in den letzten Jahren doch einzelne Lichtblicke gegeben. So schließt die Union Investment für ihre Publikumsfonds seit 2018 konsequent Unternehmen aus, die Atomwaffen herstellen. Die Bayerische Landesbank schränkt seit 2021 ihr Rüstungsgeschäft stark ein: Die Direktfinanzierung von Rüstungsexporten schließt sie künftig grundsätzlich aus. Auch Firmen, die mehr als 20 Prozent ihres Umsatzes in diesem Sektor generieren, sollen leer ausgehen. Die neue Richtlinie bedeutet unter anderem, dass Unternehmen wie Rheinmetall künftig keine Kredite mehr von der BayernLB erhalten werden.

Allerdings besteht durch den Krieg in der Ukraine und die massiven Aufrüstungspläne vieler Staaten die Gefahr, dass diese positiven Entwicklungen nicht weitergehen oder sogar zurückgenommen werden.

Vielen Dank für diese Informationen und weiterhin viel Erfolg für eure wichtige Arbeit!

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**

www.urgewald.org

Protest zum Weltspartag vor einer Filiale der Deutschen Bank in Köln
Foto: Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Milliarden für Symbolpolitik

Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen

Am Ende zählten weder Sachargumente noch reale Erfordernisse. Es ging auch nicht um Friedensförderung, sondern nur darum, Bündnistreue und Tatkraft zu signalisieren. Kurzum: Es ging um Symbolpolitik. Daher haben Bundestag und Bundesrat den Weg für das Bundeswehr-Sondervermögen freigemacht. 100 Milliarden Euro neue Schulden werden nun an der Schuldenbremse vorbei aufgenommen; ihre Rückzahlung könnte sich bis in die 2060er-Jahre ziehen!

Diese immense Summe ist ausschließlich für »bedeutsame Ausrüstungsvorhaben der Bundeswehr« vorgesehen. Der größte Teil soll in die »Dimension Luft« fließen: knapp 34 Milliarden Euro für neue Eurofighter, F-35-Bomber, Chinook CH-47F-Transporthubschrauber, die Bewaffnung von Drohnen … Weitere bedeutende Posten sind die Digitalisierung und der Kauf neuer Panzer. Kritische Stimmen gehen jedoch davon aus, dass bis zu einem Drittel des Geldes in den ineffizienten Strukturen der Bundeswehr-Beschaffung versickern könnte.

CDU/CSU gab den Ausschlag

Die Debatte wurde kontrovers geführt, die benötigte Zweidrittelmehrheit schien lange unsicher. In der Folge verschob die Regierung die ursprünglich für Mai 2022 geplante Abstimmung kurzfristig. Erst ein Deal mit der CDU/CSU-Fraktion führte dazu, dass die Grundgesetzänderung am 3. Juni 2022 dem Bundestag vorgelegt wurde. Aus den Regierungsparteien stimmten dort immerhin 13 Abgeordnete mit »Nein«, einer enthielt sich und 20 blieben der Abstimmung fern. »Das ist kein Sondervermögen – das sind Sonderschulden, die da ins Grundgesetz geschrieben werden … Ich will eine bessere Welt und die schaffe ich nicht durch Waffen!« Mit diesen Worten stellte sich etwa Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen) auf unsere Seite.

Zwei-Prozent-Ziel nicht festgeschrieben

Visionen für die Verhinderung künftiger Kriege sind in den Aufrüstungsplänen nicht zu erkennen. Die Bundesregierung hat auch keine vergleichbaren Ideen für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung oder Diplomatie. Dennoch war unser Engagement in den vergangenen Wochen nicht erfolglos: Zum einen – und das ist vielleicht die wichtigste Nachricht – konnten wir dazu beitragen, dass die massive Kürzung der Haushaltsmittel für die Entwicklungszusammenarbeit vorerst vom Tisch ist. Zum anderen wurde das Zwei-Prozent-Ziel der NATO nicht gesetzlich festgeschrieben. Es soll »im mehrjährigen Durchschnitt von maximal fünf Jahren« erreicht werden. Anschließend wird neu verhandelt – und wir werden weiter mit Nachdruck für Abrüstung eintreten!

Simon Bödecker

Bundeskanzler Olaf Scholz wirft am 3. Juni 2022 im Bundestag seine Stimmkarte für das Bundeswehr-Sondervermögen ein
Foto: dpa

Ernsthaft und pragmatisch

Staatenkonferenz zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Wien

Die deutsche Bundesregierung will einen konstruktiven Dialog und eine Zusammenarbeit mit den Staaten des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV). Das kündigte der deutsche Botschafter Rüdiger Bohn in einem vielbeachteten Statement bei der ersten AVV-Staatenkonferenz vom 21. bis 23. Juni 2022 in Wien an. 65 Vertragsstaaten nahmen an der Konferenz teil, vier davon hatten erst unmittelbar zuvor ratifiziert. Dass der NATO-Staat Deutschland als Beobachter in Wien war, ist ein riesiger Erfolg der deutschen ICAN-Partner, zu denen Ohne Rüstung Leben gehört.

Einen Beitritt zum AVV lehnte der deutsche Botschafter erwartungsgemäß ab; er würdigte jedoch den Fokus des Vertrages auf humanitäre Konsequenzen und stellte seine Vereinbarkeit mit dem Nichtverbreitungsvertrag nicht mehr in Frage. Konkret will Deutschland wohl zunächst die Inhalte von Artikel 6 und 7 unterstützen: »Tatsächlich glauben wir, dass die Bereitstellung von Opferhilfen und die Sanierung der Umweltschäden durch Atomtests breitere Aufmerksamkeit und Engagement verdienen«, sagte Bohn. Damit erfüllt die Bundesregierung eine unserer Forderungen!

Die Vertragsstaaten verabschiedeten einen Aktionsplan, der konkrete Schritte, Rollen und Verantwortlichkeiten vorsieht, um die Umsetzung des AVV und seiner Ziele voranzubringen. Zudem unterzeichneten sie eine politische Erklärung, die große Beunruhigung angesichts der derzeitigen nuklearen Rhetorik ausdrückt und jegliche Drohung mit Atomwaffen – ungeachtet der Umstände – verurteilt. Damit steht die AVV-Staatenkonferenz in auffälligem Gegensatz zur Politik der Atommächte. Diese setzen seit geraumer Zeit auf verbale und tatsächliche Aufrüstung. Die letzte Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages 2015 endete daher ohne Ergebnisse. Ganz anders in Wien: »Die AVV-Staatenkonferenz hat gezeigt, wie ernsthaft und pragmatisch die Vertrags- und Unterzeichnerstaaten sowie internationale Organisationen und die Zivilgesellschaft an der Entwicklung dieser neuen Normen arbeiten«, kommentierte Angelika Claußen, Vorsitzende der IPPNW Deutschland. »Die Konferenz ist ein historischer Meilenstein und angesichts der aktuellen Atomkriegsgefahr ein wichtiger Schritt in Richtung echter gemeinsamer Sicherheit.«

Simon Bödecker

ICAN-Direktorin Beatrice Fihn spricht bei einem Side-Event der AVV-Staatenkonferenz Foto: Xanthe Hall

Die deutsche Zivilgesellschaft war mit mehreren Delegationen in Wien vertreten, hier bei einer Kundgebung vor der deutschen Botschaft
Foto: ICAN Deutschland, Quelle: Flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)

Auf den folgenden vier Seiten finden Sie eine Sonderpublikation der Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt«, die kurz vor der Staatenkonferenz in Wien erschien. Weitere Exemplare erhalten Sie kostenlos bei unserer Geschäftsstelle und unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Erste Staatenkonferenz zum UN-Atomwaffenverbot – ein historischer Moment!

BÜCHEL IST ÜBERALL! atomwaffenfrei. jetzt

Weltweit gibt es mehr als 13.000 Atomwaffen. Jede einzelne kann Millionen Menschen töten, radioaktiv verstrahlen und noch viele Generationen später Krebs und Erbkrankheiten auslösen. Wie das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI im Jahr 2021 feststellte, sind etwa 2.000 dieser Massenvernichtungswaffen in höchster Alarmbereitschaft. Alle Atommächte planen, entwickeln oder stationieren derzeit neue Waffensysteme. Der Krieg in der Ukraine und die Drohung der russischen Regierung mit dem Einsatz von Atomwaffen haben die Lage nun noch einmal deutlich verschärft.

Daher ist es ein großes Glück für die Menschheit, dass viele atomwaffenfreie Staaten und das internationale ICAN-Netzwerk schon vor fünf Jahren einen Weg aus diesem Dilemma aufgezeigt haben: den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Er verbietet allen ratifizierenden Staaten unter anderem Entwicklung, Erwerb, Besitz, Weitergabe, Stationierung, Drohung mit und Einsatz von Kernwaffen. Nun kommen die mittlerweile 61 Vertragsstaaten des AVV von 21. bis 23. Juni 2022 in Wien zu ihrer ersten Konferenz zusammen. Das ist ein historischer Moment!

Im Mittelpunkt der Staatenkonferenz stehen – neben der Begrüßung der vielen Vertragsstaaten – zwei zentrale Aspekte des Vertrages. Zum einen sollen erste Vereinbarungen für die internationale Zusammenarbeit bei der Unterstützung der Opfer von Atomwaffentests und -einsätzen sowie bei der Sanierung kontaminierter Regionen getroffen werden (Artikel 6 und 7). Zum anderen beraten die Vertragsstaaten darüber, welche Regeln, Fristen und Vorgehensweisen für die künftige Aufnahme von Atomwaffen- oder Teilhabestaaten in den AVV gelten sollen (Artikel 4). Das Rahmenprogramm der Konferenz in Wien wird unter anderem von der österreichischen Regierung und der weltweiten Zivilgesellschaft organisiert. Es geht dabei insbesondere um die unvorstellbaren humanitären Folgen eines potenziellen Atomkrieges.

Der NATO-Staat Deutschland nimmt als Beobachter an der Konferenz teil. Dies ist ein weltweit beachteter, riesiger Erfolg für die deutschen Friedensorganisationen. Wir erwarten nun von der Bundesregierung, diesen „Beobachterstatus" auch mit Leben zu füllen. Die Reise einer (möglichst ranghohen) deutschen Delegation nach Wien kann nur der Startschuss für die versprochene „konstruktive Begleitung" des Atomwaffenverbotes sein. Es würde der Bundesregierung etwa gut zu Gesicht stehen, den AVV-Staaten ihre künftige Unterstützung bei Opferhilfe und Umweltsanierung zuzusagen. Zudem erwarten wir vom Bundesaußenministerium, die bislang einmalige Bedeutung des AVV für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt öffentlich zu betonen und dem Vertrag so weitere Legitimation zu verschaffen.

Das Ziel mag noch in weiter Ferne liegen, doch es bleibt: ein atomwaffenfreies Deutschland und der Beitritt der Bundesregierung zum Atomwaffenverbotsvertrag. Vielleicht schon bei der nächsten Staatenkonferenz 2024. (SB)

PROFUNDE ARGUMENTE

Foto: Österreichisches Außenministerium

Der österreichische Diplomat Alexander Kmentt half 2017 federführend mit, den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) Wirklichkeit werden zu lassen. Im Juni 2022 sitzt er in Wien der ersten AVV-Staatenkonferenz vor.

RB: *Wie ordnen Sie das Zustandekommen des AVV ein?*
AK: Der AVV ist eine historische Errungenschaft, die die völkerrechtliche Lücke des Verbots von Nuklearwaffen schließt. Der Vertrag schafft die rechtliche Voraussetzung für echte nukleare Abrüstung und bietet mit dem Fokus auf die humanitären Auswirkungen und Risiken von Nuklearwaffen die diskursiven Argumente für den dazu notwendigen Paradigmenwechsel. Dass dies dennoch politisch ein schwerer und langer Prozess ist, ist auch den Befürwortern des AVV klar.

RB: *Welchen Stellenwert spielt dabei der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine?*
AK: Der Krieg in der Ukraine und die russischen Nukleardrohungen bestärken die Argumente für den AVV und das Verbot von Nuklearwaffen. Die Fragilität eines Sicherheitssystems, das auf der nuklearen Abschreckung basiert, wird dadurch deutlich unterstrichen. Jeder Einsatz von Nuklearwaffen hätte katastrophale Auswirkungen: von der grenzüberschreitenden Strahlung bis hin zu massiven Fluchtbewegungen, dem Einbruch der Wirtschaft und weiteren gravierenden humanitären Folgen. Ein Vertrauen auf die Stabilität der nuklearen Abschreckung ist angesichts der gravierenden Risiken ein Wunschdenken.

RB: *Warum ist die Staatenkonferenz in Wien so wichtig?*
AK: Die Konferenz ist ein wichtiger Meilenstein für die Umsetzung des Vertrages. Grundlegende organisatorische, aber auch substantielle Fragen werden dort geklärt und festgelegt. Die Konferenz wird unterstreichen, dass der AVV ein ernsthafter Beitrag zum nuklearen Diskus ist und auf profunden Argumenten aufbaut, die den Sicherheitsbedürfnissen der Mehrheit der Staaten der Welt entsprechen. Nuklearwaffen sind eine existentielle Bedrohung für die gesamte Menschheit. Es ist notwendig, dazu einen viel inklusiveren Dialog zu führen. Dass sich Beobachterstaaten wie Deutschland an diesem Dialog konstruktiv beteiligen wollen, ist begrüßenswert.

(Fragen: RB)

Städteappell für den Atomwaffenverbotsvertrag

137 deutsche Städte und 4 Bundesländer haben den Appell der International Campaign to Abolition Nuclear Weapons (ICAN) gegen Atomwaffen, der auch international breite Zustimmung findet, bereits unterzeichnet. Sie begrüßen darin den Atomwaffenverbotsvertrag und rufen ihre Regierung auf, ihm beizutreten.

Über einen Bürgerantrag an den Stadtrat (bzw. eine Petition an das Landesparlament) mit begleitender Öffentlichkeitsarbeit ist das am einfachsten zu bewirken. Der Appell kann mit der Einführung kommunaler atomwaffenfreier Zonen verbunden werden, wie es New York vormacht, das sich Ende 2021 dem ICAN-Städteappell anschloss:

» Die Resolution 976 fordert den New Yorker Rechnungsprüfer auf, die 266 Milliarden Dollar großen Pensionsfonds der öffentlichen Angestellten anzuweisen, sich von Unternehmen zu distanzieren, die an der Herstellung und Wartung von Atomwaffen beteiligt sind.

» Der Beschluss bekräftigt New York City als atomwaffenfreie Zone und unterstützt frühere Stadtratsbeschlüsse, die die Herstellung, den Transport, die Lagerung, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen in der Metropole untersagten.

www.icanw.de/ican-staedteappell/.

(MS)

Der AVV und das „Unverträglichkeits-Narrativ"

Wie schon die Regierung Merkel lehnt auch die Ampelkoalition den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) ab. Immerhin: Sie will „als Beobachter (nicht als Mitglied) bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages die Intention des Vertrages konstruktiv begleiten" (Koalitionsvertrag S. 145).

Diese Zusage ist u.a. ein Eingeständnis, dass ursprüngliche Kritikpunkte am AVV nicht haltbar sind. Darunter stechen zwei hervor:

1. „[D]er Verbotsvertrag droht dem NVV und dem mit ihm verbundenen Kontrollregime zur Verhinderung nuklearer Proliferation nachhaltigen Schaden zuzufügen sowie das globale Nonproliferations- und Abrüstungsregime zu gefährden." (Jahresabrüstungsbericht 2017, S. 31) Die Wissenschaftlichen Dienste (WD) des Bundestages bezeichneten dies in der Ausarbeitung „Zum rechtlichen Verhältnis zwischen Atomwaffenverbotsvertrag und Nichtverbreitungsvertrag" als „Unverträglichkeits-Narrativ" (Dokument WD 2 - 3000 - 111/20 vom 19.1.2021, S. 7).

2. „Die Besorgnis der Bundesregierung gilt insbesondere der wichtigen Frage der Verifikation der Umsetzung eines sog. Atomwaffenverbots, deren Regelung im Verbotsvertrag aus ihrer Sicht hinter die geltenden Verifikationsstandards der IAEO und der NVV-Vertragsstaaten zurückfällt." (Jahresabrüstungsbericht 2017, S. 31)

Zu 1. In der Präambel des AVV bekräftigen alle Vertragsstaaten, „dass der vollen und wirksamen Durchführung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen [NVV], der den Eckpfeiler des nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregimes darstellt, eine entscheidende Rolle bei der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zukommt".

Die WD merken dazu an: „Der AVV unterminiert den NVV nicht, sondern ist Bestandteil einer gemeinsamen nuklearen Abrüstungsarchitektur. Der AVV ist daher auch kein Hemmnis für die nukleare Abrüstung, hätten die NVV-Staaten nur den politischen Willen dazu." (WD, S. 37)

Zu 2. Artikel III des NVV fordert die Mitgliedstaaten des NVV auf, zur Überprüfung des Atomwaffenverzichts mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) Sicherungsmaßnahmen zu vereinbaren. 178 NVV-Staaten schlossen ein Sicherungsabkommen ab, 138 zusätzlich das strengere Zusatzprotokoll von 1997.

Der AVV greift dies auf und macht die Kooperation mit der IAEO verpflichtend: „Jeder Vertragsstaat [...] schließt mit der Internationalen Atomenergie-Organisation ein umfassendes Sicherungsabkommen (INFCIRC/153 (Corrected)) und setzt es in Kraft, sofern er dies nicht bereits getan hat." (Art. 3)

Die WD schlussfolgern: „Bestehende Verpflichtungen der Staaten aus dem NVV werden durch eine Mitgliedschaft im AVV weder aufgehoben noch relativiert." Und sie finden im Fazit versöhnliche Worte: „Das rechtliche Verhältnis zwischen AVV und NVV, das bei diesem Diskurs eine Rolle spielt, ist – so das Ergebnis dieser Ausarbeitung – womöglich ‚verträglicher', als das ‚Unverträglichkeits-Narrativ' glauben macht." (WD, S. 38) (RH)

Foto: Michael Schulze von Glaßer

Büchel – Umbau für neue Atombomben

Die USA wollen die ca. 20 in Büchel (Eifel) stationierten Atomwaffen ab 2023/24 durch technisch aufgerüstete Atombomben des Typs B61-12 ersetzen. Diese gehören zu den „modernsten" Nuklearwaffen der USA. Die in ihrer Sprengkraft variabel einstellbaren Bomben fliegen nach Abwurf computergesteuert in ihr Ziel. All dies senkt die Hemmschwelle für einen Einsatz.

Der Fliegerhorst Büchel wird von 2022 bis 2026 für über 250 Millionen Euro für die neuen Bomben und für die Stationierung neuer Kampfjets umgebaut. Die Tornados, die aktuellen Trägerjets für die Atombomben, werden in dieser Zeit größtenteils nach Nörvenich (NRW) verlegt. Allerdings wird in Büchel eine „Notstartbahn" aufrechterhalten, um die Atombomben jederzeit an Zielorte befördern zu können. Der Kauf neuer Atombomber F-35 von den USA soll aus dem 100-Milliarden-Aufrüstungspaket von Olaf Scholz finanziert werden. Deutschland hat der Herstellerfirma Lockheed Martin klare Vorgaben zum Zeitplan gemacht: Die Ausbildung der Luftwaffenpiloten auf den F-35-Jets soll 2025 in den USA starten, ab 2027 sollen die Flieger in Deutschland im Einsatz sein.

Deutsche Beteiligung an Atomkriegsmanöver

Alljährlich findet europaweit und unterstützt von Kriegsflugzeugen der USA das Atomkriegsmanöver Steadfast Noon der NATO statt. Im Herbst 2021 hatten sich in Nörvenich rund 180 Menschen versammelt, um dagegen zu demonstrieren. Bei dem Manöver üben die nuklearen Teilhabestaaten das Einklinken der Atombomben in die Trägerflugzeuge und den Abwurf der Bomben(attrappen). Das Manöver ist so geheim, dass selbst Parlamentarier*innen keinerlei Auskunft dazu bekommen, wie die Antworten der Bundesregierung auf einige Anfragen und Anträge der Fraktion DIE LINKE im Bundestag beweisen. Dies zeigt einmal mehr, dass Atomwaffen und ihre Einsatzstrategien nicht nur völkerrechtswidrig, sondern prinzipiell auch demokratieunverträglich sind.

An Steadfast Noon, das 2021 mit Schwerpunkt Südeuropa stattfand, beteiligten sich 14 europäische Staaten. Beteiligt waren auch „die sieben Staaten des ‚Snowcat'-Verbundes; sie stellen den nuklearen Jagdbombern Geleitschutz". Unter dem Kürzel SNOWCAT (Support of Nuclear Operations With Conventional Air Tactics) ermöglicht die NATO eine erweiterte Beteiligung an nuklearen Operationen durch nicht-nukleare NATO-Mitglieder, z.B. Griechenland, Polen und Rumänien.

Die nukleare Teilhabe Deutschlands und erst recht die Übungen mit Atombomben sind völkerrechtswidrig, da Deutschland mit der Unterzeichnung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) erklärt hat, Nuklearwaffen „weder mittelbar noch unmittelbar" anzunehmen. In Büchel hält die Ampelkoalition an dieser widerrechtlichen Praxis fest, obwohl z.B. die Grünen noch 2020 im Bundestag einen Antrag für den bedingungslosen Abzug der Atombomben aus Büchel eingebracht hatten. Rolf Mützenich von der SPD hatte zumindest eine breite gesellschaftliche Debatte gefordert. Nichts ist von alledem übrig.

Am 22. Oktober 2022 werden wir erneut in Nörvenich demonstrieren.

(MS)

Völkerrecht und Flaggentag

Es war ein wegweisendes Rechtsgutachten, das der Internationale Gerichtshof (IGH) am 8. Juli 1996 vorlegte. Auf Antrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen befasste sich der IGH mit der Frage der „Legalität der Bedrohung durch oder Anwendung von Atomwaffen".

Die Fragestellung der VN-Generalversammlung an den IGH stammte vom 15. Dezember 1994: „Ist die Bedrohung durch oder Anwendung von Atomwaffen unter irgendeiner Bedingung nach dem Völkerrecht zulässig?" Auf Einladung des IGH reichten 28 Staaten schriftliche Erklärungen zum Sachverhalt ein. Bei den öffentlichen Sitzungen im Oktober und November 1995 gaben elf Staaten mündliche Stellungnahmen ab. Der Gerichtshof befasste sich für die Beantwortung der Frage gründlich mit einer Vielzahl von humanitären und völkerrechtlichen Themen.

Der IGH erzielte am Ende kein einstimmiges Votum über die Frage, ob die Bedrohung durch oder Anwendung von Atomwaffen auch dann unrechtmäßig wäre, wenn „in einer extremen Notwehrsituation [...] das reine Überleben eines Staates auf dem Spiel stehen würde". Einstimmigkeit bestand aber über diese Schlussfolgerung: „Es gibt eine Verpflichtung, Verhandlungen in gutem Glauben fortzusetzen und abzuschließen, die zu atomarer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle führen."

Um an dieses Votum zu erinnern, rief die Stadt Hannover, deutsche Lead City der internationalen Vereinigung „Mayors for Peace", im Jahr 2011 die deutschen Mitgliedstädte auf, am Jahrestag des Rechtsgutachtens die Mayors-for-Peace-Flagge zu hissen.

Von den inzwischen 813 deutschen Mitgliedstädten beteiligten sich bislang rund 400 am „Flaggentag". Diese Tradition soll am 8. Juli 2022 fortgesetzt werden. Angesichts der unverhohlenen nuklearen Drohung Russlands im Kontext des Ukrainekrieges ist diese Geste besonders aktuell.

Weitere Informationen zum Flaggentag unter **www.hannover.de**.

(RH)

Forderungen der Kampagne

BÜCHEL IST ÜBERALL!

atomwaffenfrei. jetzt

Seit 26 Jahren protestieren zahlreiche Menschen am Bundeswehr-Fliegerhorst in Büchel in Rheinland Pfalz gegen die dort lagernden US-Atombomben. Deutsche Piloten sollen die Bomben derzeit mit Tornado-Kampfjets in ihr Ziel fliegen. Jeder Atomwaffenstandort ist zugleich auch ein erstes Kriegsziel.

Wir fordern:

- **Abzug der US-Atombomben aus Büchel!**
- **Stopp der nuklearen Aufrüstung!**
- **Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten!**

Von 2001 bis 2008 wurde der Fliegerhorst jährlich umrundet. Ab 2010 etablierten sich Ostermärsche und vielfältige andere Aktionsformen. Der zunehmende öffentliche Druck half am 26. März 2010, einen fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss zu bewirken: Die Bundesregierung solle in der NATO Verhandlungen zum Abzug der Atomwaffen aus Deutschland führen. Leider trat das Gegenteil ein: Die Atomwaffen werden aktuell aufgerüstet. Und die Bundesregierung hat den Kauf von 35 neuen US-Atombombern des Typs F-35 angekündigt.

Wir sagen:
„Neue Atombomber? Nein Danke!"

Zudem gibt es konkrete Pläne der Bundesregierung, sich mit Frankreich an der Entwicklung eines zukünftigen Luftkampf-Systems FCAS (Future Combat Air System) zu beteiligen. Das wird Deutschland weitere 500 Milliarden Euro kosten. Durch Anwendung von künstlicher Intelligenz bei der Steuerung der Kampfflugzeuge unter Begleitung unbemannter Flugkörper (z.B. Drohnen) rückt die Gefahr eines Atomkriegs aus Versehen immer mehr in den Fokus.

Wir fordern:
Kein Steuergeld für FCAS!

(HSM)

Foto: Simon Bödecker

Termine

Am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel protestieren Aktive vieler Gruppen und Organisationen seit 2016 während der 20-wöchigen Aktionspräsenz der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt". Hier eine Auswahl der Termine 2022.

Büchel

10. Juni, 8. Juli, 5. August, 17 Uhr: öffentliche Gebetsandachten am Haupttor. VA: Versöhnungsbund Regionalgruppe Cochem-Zell, pax christi im Bistum Trier.

25. Juni: 5. Kirchlicher Aktionstag mit einer Predigt von Prof. Fernando Enns. VA: Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen".

2.-5. Juli: Mahnwachen der Quäker.

5.-10. Juli: ICAN/IPPNW-Tage mit einer Geburtstagsfeier zum 5. Jahrestag des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) sowie vielen Workshops und Aktionen.

11.-17. Juli: Internationale Aktionswoche der GAAA und von Nukewatch mit Teilnehmenden aus den USA und den Niederlanden, Campingplatz Pulvermaar.

Bundesweit

16. Juni: Mahnwachen und Gespräche vor Botschaften der Atommächte in London, Paris und Berlin.

18.-23 Juni: Erste Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in Wien, zahlreiche Aktive aus Deutschland nehmen am Begleitprogramm teil. Mehr Informationen: **https://nuclearban.de/**.

7. Juli: 5 Jahre Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages.

8. Juli: Flaggentag der deutschen Mayors for Peace in mehreren Hundert Städten.

24. Juli bis 9. August: Fastenstafette mit vielfältigen Aktionen und Mahnwachen. Die Teilnahme ist ohne eigenes Fasten möglich.

22. Oktober: Demonstration in Nörvenich.

Termine anstehender Gerichtsverfahren

Über 100 Prozesse wurden bereits zu gewaltfreien Aktionen des Zivilen Ungehorsams in Büchel geführt. Die nächsten Gerichtsprozesse in Koblenz:

15. September: „Vierte Instanz" im Landgericht Koblenz gegen eine IPPNW-Frau der Gruppe „Büchel17".

20. September: Berufungsverhandlung einer US-Amerikanerin der US-Pflugscharbewegung.

Weitere Informationen zu allen Terminen und zu den Prozessen: **www.buechel-atombombenfrei.de**.

(Zusammengestellt von MK)

IMPRESSUM

Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen" c/o Netzwerk Friedenskooperative, Mackestr. 30, 53119 Bonn, Tel.: 0228/692904, Fax: 0228/692906, eMail: info@atomwaffenfrei.jetzt, www.atomwaffenfrei.de

Koordinator: Roland Blach, Tel.; 0177/2507286, eMail: koordination@atomwaffenfrei.jetzt

Diese Beilage kann bestellt werden unter www.friedenskooperative.de/shop/beilage-avv, dort befindet sich auch eine pdf-Datei zum herunterladen.

Redaktionsschluss: 31. Mai 2022

V.i.S.d.P.: Kristian Golla, Netzwerk Friedenskooperative

Gestaltung/Layout: kippconcept gmbh, Bonn

Die Beilage enthält Texte von:
Roland Blach, Simon Bödecker, Regina Hagen, Marion Küpker, Martin Singe, Hildegard Slabik-Münter

Spendenkonto:
Förderverein Frieden e.V., IBAN: DE78 4306 0967 4041 8604 04, Stichwort: „atomwaffenfrei".

Aus der Vergangenheit lernen

Zwei fundierte Papiere zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges

Die letzte Ausgabe unserer Zeitung mit dem inhaltlichen Schwerpunkt zum Ukraine-Krieg und seinen Folgen für die deutsche Politik hat zahlreiche Rückmeldungen ausgelöst. Wir freuen uns, für viele unserer Leserinnen und Leser den richtigen Ton getroffen zu haben. Was in Ihren Zuschriften immer wieder angemahnt wurde, ist ein kritischer Blick auf die Vorgeschichte des Krieges. Dem kommen wir gerne nach und empfehlen zwei lesenswerte Texte.

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, in der Ohne Rüstung Leben Mitglied ist, befasst sich in ihrem Papier ***Zur Begründung friedenslogischen Denkens und Handelns im Ukrainekrieg*** auch mit den Rahmenbedingungen des Krieges. Ihre These: »Nach dem Ende des Systemkonflikts ist in Europa letztlich keine Friedensordnung entstanden, in der sich alle Beteiligten auch sicherheitspolitisch gut aufgehoben gefühlt hätten«. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sei politisch marginalisiert worden; der machtpolitisch asymmetrische NATO-Russland-Rat habe diese Lücke nicht füllen können. Die friedenslogisch argumentierende Stellungnahme finden Sie unter pzkb.de/friedenslogik-statt-kriegslogik.

Die Friedensforscherin Dr. Martina Fischer (Brot für die Welt) analysiert die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in ihrem umfangreichen Essay ***Die Hoffnung auf eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur nicht aufgeben.*** Dabei geht sie detailliert auf einzelne Aspekte ein, etwa den 2008 auf Drängen der USA in Aussicht gestellten NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens. Deutliche Warnungen Russlands wurden damals ignoriert. Die Vision eines »Zentraleuropäischen Stabilitätsraumes« sei letztlich am Desinteresse der Bush-Administration gescheitert. Keine der genannten Versäumnisse und Fehlentscheidungen rechtfertige Putins Angriffskrieg, betont Fischer. Allerdings müsse man feststellen, »dass das Verhalten der NATO-Mitgliedstaaten erheblich zur Verschlechterung der Beziehungen beigetragen hat und den großrussischen Kräften, die jetzt den Kurs bestimmen, entscheidende Argumente für die Legitimation der Aggression lieferte. Wenn man auf westlicher Seite die Fehlentscheidungen der Vergangenheit reflektieren würde, wäre man vermutlich eher in der Lage, eine Sicherheitsarchitektur zu entwickeln, die dazu beiträgt, langfristig Frieden in Europa zu sichern«. Die fachkundige Analyse mit zahlreichen Quellenverweisen finden Sie unter www.bpb.de/507623.

Simon Bödecker

Ein zerstörtes Wohnhaus in Irpin bei Kiew (links), der russische Präsident Wladimir Putin beim NATO-Russland-Rat 2008 in Bukarest
Fotos: dpa

Begegnungen in Karlsruhe

Der Ökumenische Rat der Kirchen kommt nach Deutschland

»Gerade jetzt sieht sich die Christenheit vor besonders akute Fragen in Bezug auf den Krieg gestellt. Denn die Art, Krieg zu führen, hat sich sehr verändert … Dies alles führt dazu, dass einem modernen Krieg unterschiedslose Zerstörungen in einem Umfang innewohnen, wie sie die Welt bei früheren Kriegen nicht gekannt hat. Die herkömmliche Annahme, dass man für eine gerechte Sache einen gerechten Krieg mit gerechten Mitteln führen könnte, ist unter diesen Umständen nicht mehr aufrechtzuerhalten.«

Worte, die von heute stammen könnten. Tatsächlich aber formulierte sie die erste Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) 1948 in Amsterdam! Darauf bezieht sich unser Friedensappell »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein«, unter dem wir mehr als 5.000 Unterschriften gesammelt haben. Wenn die Vollversammlung der weltweiten Ökumene nun erstmals nach Deutschland kommt, erhoffen wir uns ähnlich wegweisende Worte und Beschlüsse zur christlichen Friedensethik, die auch den deutschen Kirchen Beispiel und Verpflichtung sein sollten. Diese Hoffnung wird Ohne Rüstung Leben in den kommenden Wochen an den ÖRK herantragen.

Vom 31. August bis 8. September kommen die rund 800 Delegierten der ÖRK-Mitgliedskirchen aus aller Welt zu ihren Geschäfts- und Plenumssitzungen im Karlsruher Kongresszentrum zusammen. Am ersten Septemberwochenende soll es zahlreiche Exkursionen für die Gäste geben; darunter auch eine Schifffahrt zum Atomwaffenstützpunkt Büchel. An verschiedenen Orten in der Stadt wird zudem während der Vollversammlung ein »Begegnungsprogramm« angeboten, damit die interessierte Öffentlichkeit mit den Delegierten in Kontakt kommen, aktuelle Themen diskutieren und Perspektiven austauschen kann. Ohne Rüstung Leben bietet in diesem Rahmen am Mittwoch, den 7. September 2022 von 14:00 bis 16:00 Uhr in der Neuapostolischen Kirche in der Karlstraße eine Veranstaltung zu den Inhalten unseres Friedensappells an. Darüber hinaus planen wir, unsere Forderungen auch mit einer öffentlichen Aktion nach Karlsruhe zu tragen.

Simon Bödecker

Aktuelle Informationen, Aktivitäten und Veranstaltungstipps rund um die ÖRK-Vollversammlung finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/friedensappell2022.

Die Neuapostolische Kirche in der Karlstraße wird während der ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe zum »Begegnungsort Gerechtigkeit und Frieden« Foto: Andreas Praefcke, Quelle: Wikimedia.org (CC BY 3.0)

Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt

Podium zu Christlicher Friedensethik und Sicherheitspolitik beim Katholikentag 2022

»Wenn ein Tornado der Bundeswehr vom Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz startet, stößt er 14,6 Tonnen CO_2 pro Flugstunde aus – so viel wie drei durchschnittliche Personen im Jahr! Wir müssen endlich erkennen, dass Aufrüstung und Militarisierung im Widerspruch stehen zu Klimaschutz und Krisenprävention.« Für diese klaren Worte bekam Kerstin Deibert von Ohne Rüstung Leben bei einem Podium auf dem 102. Katholikentag in Stuttgart viel Applaus.

Stefan Maaß, Frank Otfried July, Moderator Richard Bösch, Kerstin Deibert und Klaus Ebeling auf dem Podium
Foto: Simon Bödecker

Zivile Alternativen in den Diskurs einbringen

Sie diskutierte dort mit dem Philosophen Klaus Ebeling, dem württembergischen Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July und Stefan Maaß, dem Friedensbeauftragten der Evangelischen Landeskirche in Baden. Ihr Thema: *Verantwortung teilen, Sicherheit neu denken! Christliche Friedensethik trifft internationale Politik.*

Landesbischof July berichtete, dass ihn seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine die Frage beschäftige, ob nun eine neue christliche Friedensethik nötig sei. In Kirchenkreisen werde hitzig diskutiert, wie man mit jenen umgehen solle, die, wie der russische Präsident Wladimir Putin, den Verzicht auf Waffengewalt nicht akzeptieren. Klaus Ebeling sprach sich für ein Nebeneinander von Militär und ziviler Konfliktbearbeitung aus. Man solle diese »als Komplementäre verstehen, nicht als Gegensätze«. Schwierig werde es bei der politischen Entscheidung, wann welches Mittel einzusetzen sei – hierfür forderte er mehr Auseinandersetzungen und Debatten.

Kerstin Deibert griff diesen Punkt auf und kritisierte die einseitige Verengung vieler Sicherheitsdebatten auf das Militärische. Es sei eine zentrale zivilgesellschaftliche Aufgabe, die Alternativen – also zivile Mittel – in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Beispielsweise müsse Deutschland, vor dem Hintergrund seiner Geschichte, viel öfter eine neutrale Vermittlerrolle in internationalen Konflikten einnehmen. Deibert erinnerte an unsere Verantwortung für künftige Generationen. Letztendlich gehe es um die Frage: »Wie kann es gelingen, aus dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt auszusteigen?«.

Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie machen

Eine Frage die mehr als relevant ist – auch für Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. In diesen Tagen tourt sie durch Deutschland, um mit Bürgerinnen und Bürgern zum Thema Sicherheitspolitik ins Gespräch zu kommen. Gleichzeitig findet ein Austausch des Auswärtigen Amtes mit Organisationen und Verbänden statt. Das Ziel: Bis Ende September 2022 Erwartungen und Ideen für eine Nationale Sicherheitsstrategie zu sammeln. Tragen Sie jetzt zu diesem Prozess bei und fordern Sie mit uns: »Frau Baerbock, machen Sie die Nationale Sicherheitsstrategie zur Friedensstrategie!«. Unsere Postkartenaktion zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Kerstin Deibert und **Simon Bödecker**

Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit

Gäste aus Mexiko berichten über die Folgen von Waffenhandel

Ma. del Tránsito Piña, Javier Barajas, Sofía de Robina, die Moderatorinnen Carola Hausotter und Charlotte Kehne sowie Holger Rothbauer in Stuttgart
Foto: Simon Bödecker

Zeitgleich zum Katholikentag organisierte Ohne Rüstung Leben gemeinsam mit Kooperationspartnern die Veranstaltung *G 36-Exporte nach Mexiko: Der Zusammenhang von Waffenlieferungen und Menschenrechtsverbrechen,* zu der wir gleich drei Gäste aus Mexiko begrüßen konnten. Auf eindrückliche Weise machten sie deutlich, was Waffenlieferungen und Gewalt anrichten – eine Perspektive, die oftmals viel zu kurz kommt.

Mit ergreifenden Worten schilderten Ma. del Tránsito Piña und Javier Barajas das Schicksal ihrer Familie und ihren Kampf um Gerechtigkeit. Die Lehrerin und der Lehrer aus dem Bundesstaat Guanajuato haben innerhalb der letzten drei Jahre ihre beiden erwachsenen Kinder verloren. Ihre Tochter Guadalupe, die ebenfalls als Lehrerin arbeitete, fiel am 29. Februar 2020 dem gewaltsamen Verschwindenlassen zum Opfer. Nach einem Jahr der verzweifelten Suche gemeinsam mit anderen betroffenen Familien fanden die Eltern und ihr Sohn Javier den Leichnam in einem versteckten Massengrab mit 80 weiteren Toten.

Die Familie hörte auch danach nicht auf, die Angehörigen weiterer Opfer bei ihrer gefährlichen Suche nach der Wahrheit zu unterstützen. Der Sohn der Familie schloss sich sogar der regionalen Suchkommission an. Dieses Engagement führte dazu, dass er am 29. Mai 2021 von Personen, die mit dem Verschwinden seiner Schwester in Verbindung standen, erschossen wurde – mit einer Waffe aus den USA.

Die unerträglichen Folgen von Waffenlieferungen

Trotz des Schmerzes und der Drohungen, denen sie sich ausgesetzt sehen, fordern Ma. del Tránsito und Javier weiterhin Wahrheit und Gerechtigkeit – für ihre Kinder und all die anderen Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens. Begleitet wurde das Ehepaar in Stuttgart von der Anwältin Sofía de Robina vom Centro Prodh. Sie betonte, dass der Kampf von Ma. del Tránsito und Javier stellvertretend für den Kampf tausender Eltern stehe. Laut offiziellen Angaben sind mehr als 100.000 Menschen in Mexiko verschwunden.

Ein Fall ist in Deutschland besonders bekannt: Sofía de Robina erinnerte an den Einsatz von G 36-Gewehren beim Angriff auf die Studenten von Ayotzinapa. 43 Studenten wurden dabei im Bundesstaat Guerrero Opfer gewaltsamen Verschwinden-

www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen

Die Erarbeitung des Rüstungsexportkontrollgesetzes ist in vollem Gange. Senden Sie jetzt unsere Aktionspostkarte an den zuständigen Staatssekretär Sven Giegold!
Wir fordern, dass das Gesetz ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot und ein Verbandsklagerecht beinhalten muss.

lassens; weitere wurden erschossen oder verletzt. Unter ihnen Aldo Gutiérrez, der von einer Kugel – mutmaßlich aus einem G 36 – in den Kopf getroffen wurde und seitdem im Koma liegt. Es sind solche Schilderungen, die die unerträglichen Folgen von Waffenlieferungen ans Licht bringen.

Rüstungsexportkontrollgesetz ist überfällig

Dabei hätten die deutschen Sturmgewehre nie nach Guerrero gelangen dürfen. Die damalige Bundesregierung stufte die Menschenrechtslage in diesem und weiteren mexikanischen Bundesstaaten als besonders kritisch ein. Ehemalige Mitarbeitende des Kleinwaffenherstellers Heckler & Koch wurden deshalb wegen illegaler Exporte verurteilt. Angestoßen wurde das Verfahren auch von Rechtsanwalt Holger Rothbauer, der das Urteil auf dem Podium als historisch beschrieb. Der Fall zeige, dass ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz überfällig sei. Scheine doch die damalige Lösung, bestimmte Bundesstaaten beliefern zu können und andere auszuschließen, ein mehr als fragwürdiger Kompromiss. Bis heute bestehe keine zufriedenstellende Möglichkeit, solch zweifelhafte Rüstungsexportentscheidungen juristisch überprüfen zu lassen. Das Kontrollgesetz müsse dem mit einem Verbandsklagerecht entgegenwirken.

Engagement deutscher Friedensorganisationen gewürdigt

Das Ehepaar und die Anwältin würdigten das große Engagement deutscher Friedensorganisationen gegen Waffenexporte. Die wichtigen Entwicklungen hierzulande seien ein gutes Vorbild für Länder wie die USA, aus denen weiterhin massiv Waffen nach Mexiko gelangten. Das lenkt den Blick auf ein weiteres wichtiges Thema: Während Deutschland – auch dank unserer Arbeit – mittlerweile kaum noch Kleinwaffenexporte in Drittstaaten genehmigt, lagern deutsche Kleinwaffenhersteller ihre Produktionskapazitäten in die USA aus. Auch auf diese Internationalisierung muss das Rüstungsexportkontrollgesetz Antworten geben, damit deutsche Kleinwaffen nie wieder zu solchem Leid beitragen.

Charlotte Kehne

Angehörige von Verschwundenen protestieren am 26. September 2020 in Mexiko-Stadt
Foto: dpa

informationen
181 | 2022-3

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI warnt, dass die Welt in ein neues Risikozeitalter zu rutschen droht. Nun müsse alles verhindert werden, das den Frieden gefährdet. Für uns gehört dazu auch, Investitionen in die Rüstungsindustrie zu stoppen. Das gilt für die Bundesregierung (Seite 5) ebenso wie für jede und jeden von uns (Seite 2). Es ist an der Zeit, in den Frieden zu investieren!

»Keine Regierung kann angesichts der eskalierenden globalen Krisen das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger sichern, ohne dabei auf internationale Zusammenarbeit zu setzen.« Das sagt Helen Clark, die ehemalige Premierministerin Neuseelands. Als Weltgemeinschaft sind wir gefragt, Gräben zu überwinden und internationale Zusammenarbeit möglich zu machen. Diesem Gedanken folgend haben sich jetzt zahlreiche verantwortungsbewusste Staaten zur ersten Konferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages in Wien getroffen (Seite 6).

Ganz herzlich gratulieren wir unserem Mitstreiter und Rechtsanwalt Holger Rothbauer, der am 1. September 2022 den Aachener Friedenspreis erhalten wird. Eine mehr als angemessene Würdigung seines jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatzes gegen illegale Waffenexporte.

Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung und wünsche Ihnen einen friedlichen Sommer

Ihre

Kerstin Deibert

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage
15.000

Informationen zum Datenschutz
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss
6. Juli 2022

Druckerei klimaneutral

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Inhalt

1 | Titel
Schmutzige Investitionen

2 | Aktion
Finanziert Ihr Erspartes heimlich die Waffenindustrie?

3 | Hintergrund
»Der Teufel steckt im Detail«
Interview mit der Rüstungsfinanzexpertin Kathrin Petz von urgewald

5 | Aktuell
Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen

6 | Aktuell
Staatenkonferenz zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Wien

7 | Hintergrund
Zwei fundierte Papiere zur Vorgeschichte des Ukraine-Krieges

8 | Aktion
Begegnungen in Karlsruhe

9 | Aktion
Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt

10 | Hintergrund
Gäste aus Mexiko berichten über die Folgen von Waffenhandel

Spenden
Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden